

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Bestagten: Der rote Stern . Rund um den Erdball

Die Antifaschistische Aktion
hat den Vormarsch der Nazis zum Stehen gebracht
In allen Betrieben
In allen Stempelstellen
traut die Antifaschistische Aktion vorwärts! Sie
wirden Faschismus schlagen!

8. Jahrgang
Dresden, Mittwoch den 3. August 1932
Nummer 173

Kommunistische Reichstagsfraktion greift an

Die neugewählten KPD-Abgeordneten erheben die Forderungen der Werktätigen . Reichstag muß sofort zusammentreten . Mißtrauensvotum gegen Papen-Regierung eingebracht . Antrag für schärfstes Vorgehen gegen faschistische Terrorbanden . Für Aufhebung der Hunger-Notverordnungen . Für Liquidierung des Laufanner Tribut-Palles

Setzt müssen die Wahlbetrüger Farbe bekennen

Die neugewählte Reichstagsfraktion der KPD hat im Auftrage des ZK der KPD im besonderen mit Rücksicht auf die Kömigsberger Vorgänge die sofortige Einberufung des neugewählten Reichstages beantragt, um zu folgenden Anträgen der kommunistischen Fraktion Stellung zu nehmen:

- Der Reichstag wolle beschließen:**
1. Alle SA- und SS-Formationen sind mit sofortiger Wirkung zu verbieten.
 2. Die Landesregierungen werden bindend verpflichtet, bereits vorzunehmende Einstellungen von SA- und SS-Verleuten über sonstige Angehörigen der NSDAP als Kampfpolitiken, sofort anzuhalt zu machen. Auch für die Zukunft und solche Einstellungen grundsätzlich verboten.
 3. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung von Papen das Vertrauen.
 4. Der Reichstag entzieht dem Reichsinnenminister von Brüning das Vertrauen.
 5. Der Reichstag entzieht dem Reichswehrminister von Schleicher das Vertrauen.
 6. Der mit Willkürgehalt eingeleichte Reichskommissar für Preußen und die ebenso eingeleichte kommunistische Freuenregierung ist sofort zurückzuziehen.
 7. Das von der Reichsregierung am 18. 7. 1932 ausgesprochene Demonstrationsverbot ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
 8. Die Verordnungen des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung, sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtsstellen der Gemeinden vom 15. 6. 1932, mit dem unangehörigen Abbau der Erwerbslosenunterstützung, der Invalidenrenten und Kriegspferberhebung, sowie die Reichsärztlichen- und Soldatenerhebung, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
 9. Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung vom 14. 7. 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Der Reichstag wolle ferner beschließen:

- a) Der im Einverständnis mit Hitler abgeschlossene neue Tributvertrag von Lausanne wird nicht durchgeführt.
- b) Ebenso sind der Youngplan und alle darauf basierenden Gelege (Reichsbahngesetz, Reichsbankgesetz usw.) für null und nichtig zu erklären.
- c) Zinsleistungen für die Danco- und Younganleihe und die Zahlungen aus weiteren politischen Verträgen (Zahlungen an die Vereinigten Staaten, deutsch-belgisches Markabkommen) sind mit sofortiger Wirkung einzustellen.
- d) Die verkleinerten Reparationszahlungen in der Form des Zinsdienstes für sogenannte private Auslandsanleihen sind durch befristete Reichsgeld zu verbieten und die dadurch freim werdenden Beträge zum

SA-Ueberfall in Großschönau abgeschlagen

Naziterror in der Oberlausitz

Hilferranditen wollen Gewerkschaftsbüro stürmen . Organisiert den Massenstreik gegen Faschistenterror

Dresden, 3. August

Königsberg, Braunschweig und Schleswig-Holstein sind nicht die einzigen Gebiete in Deutschland in denen die SA-Handen nach der Reichstagswahl ihren blutigen Terror gegen die Arbeiterklasse steigern. Uns wird heute aus Großschönau in der Oberlausitz von Arbeiterkorrespondenten gemeldet:

In den frühen Morgenstunden des Wahlsonntags kam es in der Schiffer Kolonie in Großschönau zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Reichsbannerleuten. Die Nazis wurden in die Flucht geschlagen. Als Nachmittags gegen 12 Uhr in der 10. Wachenstraße ihre Sturme von Heintzsch, Vertdorf, Wollersdorf und den Motorradfahrern von Jittau zusammentrafen. Die Reichsbannerleute hatten sich im Textilarbeiterbüro versammelt, um die Wahlergebnisse abzuwarten. Gegen 12 Uhr überfiel 30 Nazis eine Gruppe Kommunisten an der Steinmühle. Eine Stunde später erfolgte der Angriff auf das Textilarbeiterbüro mit über 100 Mann Nazis. Der Angriff wurde nach heftigem Kampfe im Hofen des Gewerkschaftsbüros abgeschlagen.

Ergänzend muß berichtet werden, daß die vorausgehenden Überfälle auf Arbeiter den gewünschten Anlaß für den Angriff auf das Gewerkschaftsbüro schafften, um zweifellos nach einheitlichen Plänen über das ganze Reich "Streikpositionen" durchzuführen. Hans Lange, ein Angehöriger der SA von Großschönau erklärte bereits am Nachmittags des Wahlsonntags in dem von ihm bewohnten Grundstück, daß das Gewerkschaftsbüro als "Reichsbannerneul" am Abend ausgehoben werden sollte. Mit furchtbarem Getöse härmten die Nazis schließlich das Haus von den Seiten aus und schlugen mit Faustschlägen und Schlegelstößen auf die sich wehrenden Reichsbannerleute ein. Bei diesem Angriff leerten sie drei Schüsse ab von denen einer die Dunkelheit einer ihrer eigenen Leute verwundet wurde. Als das Ueberfallkommando der Polizei eintraf, hatten sich die Nazis bereits fluchtartig zurückgezogen, wobei sie Schlegelstöße und Revolver wegwarfen, die dann von der Polizei gefunden wurden. Drei Reichsbannerarbeiter sind schwer verletzt worden.

Reichsbanner- und SA-Verleuten müssen angesichts der Tatsache, daß sich solche "Streikpositionen" der Faschistenhanden überall mehr und mehr, begreifen, daß es nicht nur bittere Notwendigkeit ist, im zoster Einheitsfront die faschistischen Ueberfälle durch den proletarischen Massenstreik abzuwehren, sondern auch außerparlamentarische Kämpfe in Antifaschistischer Aktion anzusetzen. Massenstreik in allen Betrieben ist das Gebot der Stunde. Massenstreik gegen die Terrorbanden der Kapitalisten,

die mit gellendem blutigem Terror den Widerstandswillen der Arbeiterklasse gegen den Lohnraub brechen wollen.

Gerade die Oberlausitzer Textilarbeiter, denen am 13. August erneut der Lohn gekürzt werden soll, müssen die Zusammenhänge solcher Ueberfälle durch die braune Sozialmarke begreifen, in den Betrieben sofort zu dem Treiben der Hitlerfaschisten Stellung nehmen und Kampfbeschlüsse fassen. Bereitet die Arbeiter zum Streik gegen Lohnraub und Naziterror vor, wählt Kampfausschüsse und sorgt durch die Wahl von erwerbslosen Vertretern in diese Ausschüsse dafür, daß die Gesamtarbeiterklasse alle Angriffe des faschistischen Kapitalismus in Antifaschistischer Aktion zurückschlägt.

Textilgroßbetrieb im Proteststreik

Entlassung von Nazibanditen erzwungen

In der Nacht zum 30. Juli schloßen Hitlerbanditen in Schiedbahn bei Glöblich-Rheindt den Ortsgruppenleiter der kommunistischen Partei nieder und verletzten ihn lebensgefährlich. Die gesamte Bevölkerung des Ortes, die überwiegend aus katholischen Arbeitern besteht, geriet über diese unerhörte Missetat der Nazis in ungeheure Empörung. Die Arbeiter alarmierten durch ihre Brandreden die ganze werktätige Bevölkerung, die in ihrer Erregung die von einem Fabrikanten den Nazibanditen zur Verfügung gestellte Werdolferne härmten und demolierten.

Am frühen Morgen nahm sofort die Belegschaft des größten Textilbetriebes von Deuss u. Celler Stellung und die Gesamtbelegschaft von 800 Arbeitern und Arbeiterinnen beschloß einstimmig mit den Stimmen der christlichen Betriebsräte einen schließlichen Proteststreik gegen den Mordterror der Hitlerbanditen, der geschlossen durchgeführt wurde. Die Belegschaft beschloß am 1. August von der Direktion die sofortige Entlassung der im Betrieb beschäftigten SA-Banditen zu fordern, andernfalls lie den Streik erneut eröffnen werden.

Unter dem Druck der Massenempörung der Belegschaft machte die Direktion dieser Forderung nachgeben. Der einschließliche Kampf der Belegschaft von Deuss u. Celler, der Abwehrkampf der Arbeiterklasse von Schiedbahn sind leuchtende Beispiele des Massenkampfes der Antifaschistischen Aktion.

Ein leuchtendes Beispiel

Die revolutionären Arbeiter im Betrieb „Felsenkeller“ sammelten für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion

In einer Woche 38.— Mark

Wie wir erfahren, wird weitergesammelt

Wo bleiben die übrigen Betriebe?

Zweck der Beschließung tarifmäßig bezahlter Arbeit und für Erhöhung der Unterhaltungsgröße der Arbeitslosen, Kriegspfer, Sozialrentner und sonstiger Unterhaltungsformen zu verwenden.

Was die kommunistische Partei vor den Wahlen versichert hat, macht sie jetzt sofort wahr. Sie schickt ihre Vertreter nur in den Reichstag, um dort die Forderungen aller Entwerben, aller Werktätigen, aller Arbeitlosen anzumelden und zu vertreten. Jetzt müssen die Wahlbetrüger Farbe bekennen. Die Parteien, denen vor der Wahl jedes Versprechen billig ist, werden wir in die Zange nehmen.

Von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten sollen sie jetzt Stellung nehmen. Ein Drumherumreden ist nicht mehr möglich. Hier sind die Forderungen aller Werktätigen! Nur die Kommunisten setzen sich für sie ein, während die anderen um Regierungsstellen laubhambeln.

Darum ist es nötig, daß alle Werktätigen von vornherein mit der kommunistischen Partei in der Antifaschistischen Aktion für diese Anträge kämpfen und die darin enthaltenen Forderungen zur Grundlage des außerparlamentarischen Kampfes in Betrieb und an den Stempelstellen machen!

Schließt fester den Ring um die Hitlerpartei!

Die Nazi-Führer bemühen sich frampfhaft, das Wahlergebnis vom 31. Juli in einen „großen Sieg“ der Hitler-Partei umzuwälzen. Sie schwören von einem „unaufhaltsamen Vormarsch“ — aber die Wirklichkeit belügt, daß das Vordringen der NSDAP zum Stoen gekommen ist. Sie haben zwar in einigen, meist ländlichen Wahlkreisen, noch an Stimmen gewonnen; sie haben jedoch in Berlin, Potsdam II, Oppeln, Weiskalau, Süd, Köln-Köln, Düsseldorf-Weßl und Niederbayern an Stimmen bereits verloren! Diese Verluste wiegen um so schwerer, als diese Wahlkreise, mit Ausnahme des letzten, ganz ausgeprochene Arbeiterbezirke sind!

Die Nazi-Führer lügen auch, wenn sie Optimismus beschöpfen. Die Stimmung im Hitlerlager ist alles andere denn rosig. Auf breite Schichten der Hitlerwähler hat das Wahlergebnis katastrophal eingewirkt. Ja, befristetenb gemittelt. Sie standen unter der Suggestion des „unaufhaltsamen Vormarsches“; sie glaubten an die Waffentaten der Nazi-

81

82